

EMO GOTSBACHNER

Deutungsmacht und symbolische Politik Wie politische Fernsehdiskussionen wahrgenommen und verstanden werden

Politische Fernsehdiskussionen sind ein lohnendes Studienobjekt wenn es um Einsichten darin geht, wie politische Akteure ihre Deutungsrahmen aktueller Ereignisse zu etablieren versuchen und wie unterschiedliche Publikumskreise diese tatsächlich wahrnehmen. Der Beitrag plädiert für einen neuen Ansatz interpretativer Sozialforschung, als Grundlagenforschung zu den Bedingungen politischen Handelns in spätmodernen Mediendemokratien. Die Konkurrenz um Deutungsmacht äußert sich oft in einem fatalen Hang zu rein symbolischer Politik, deren Gefahren und Nebenwirkungen an einem Beispiel illustriert werden.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zur Wahrnehmung von politischen Fernsehdiskussionen zeigen, dass geläufige Konstrukte eines ‚Fernsehpublikums‘ irreführend sind. Vielmehr gründet sich dessen Diversität in einer Vielzahl sozialer Lebenswelten, in denen jeweils unterschiedliche, oft sogar konträre Rezeptionsweisen vorherrschen. Aus den ‚Cultural Studies‘ und anderen Zweigen der verstehenden Soziologie entwickelte Forschungstraditionen forderten deshalb schon seit langem (LIVINGSTONE 1990, MORLEY 1999), die Analyse tiefer anzusetzen als die in der Medienwirkungsforschung immer noch üblichen Stimulus-Response-Modelle, welche von einer medialen Information mit fixen Bedeutungen und quantifizierbaren ‚Faktoren‘ ausgehen, die dann bei verschiedenen Gruppen unterschiedliche Lesarten und Reaktionen auslösen. Die grundlegenden Unterschiede in der Wahrnehmung derselben Medienereignisse beginnen aber schon damit, was unterschiedliche Rezeptionsgruppen sich als jeweils für sie selbst Sinn ergebende, relevante Aspekte auswählen, die sie unter Zuhilfenahme eigener Deutungsmuster bzw. gewohnter Deutungsrahmen zusammen setzen, um erst einmal festzustellen, worum es da geht. Genau genommen nehmen unterschiedliche Publikumskreise also gar nicht die gleiche ‚Information‘ wahr, weil ihre unterschiedlichen Deutungsrahmen schon bestimmen, was jeweils als relevantes Faktum gerechnet wird und welche Argumente sie als schlagend ansehen. Aus einem anderen Deutungsrahmen heraus wird dasselbe schlagende Argument oder ‚Faktum‘ aber als irrelevant übergangen, weil es einfach nichts zur Sache tut (SCHÖN/REIN 1994: 23, 30), und anderes tritt in den Vordergrund. Wahrnehmung und Bewertung sind untrennbar miteinander verbunden, und setzen bereits an einem früheren Punkt an, wo Fernsehkonsumierende dem Gesehenen einen Sinn abgewinnen. Das hat zwar auch mit individuellen Lebenserfahrungen zu tun, doch sind die spezifischen Rezeptionsweisen in erster Linie sozial erlernt, und innerhalb sozialer Gruppen, Schichten und Milieus als

implizite Wissensbestände weitergegeben. Mit standardisierten Fragebögen und repräsentativen Umfragen – d.h. quer über heterogene Lebens- und Sinnwelten – kann man sie deshalb auch kaum in ihren je eigenen Logiken und Wirkungsweisen erfassen: Wie, und vor allem warum Wählerinnen und Wähler die Aussagen und das Verhalten von Politikern und Politikerinnen in Fernsehdiskussionen in einer jeweils bestimmten Weise sehen und bewerten.

Für die Politik und Politikwissenschaft sind rekonstruierend-interpretative Erklärungsansätze insofern relevant, als in spätmodernen Mediendemokratien die Mobilisierung von politischer Unterstützung davon abhängt, wie sich weite Bevölkerungskreise von der Tatsächlichkeit bestimmter Tatsachen, der Angemessenheit bestimmter Problemdarstellungen und der Wirksamkeit von bestimmten Regulierungsmaßnahmen überzeugen lassen. Wie sie diese wahrnehmen und interpretieren, begründet Vorstellungen von politischer Legitimität. Dominante Deutungsrahmen können so den Bereich dessen abstecken, was zu einem bestimmten Zeitpunkt ‚politisch möglich‘ ist (LAKOFF 2004).

Im kürzlich abgeschlossenen, vom FWF finanzierten Forschungsprojekt „Deutungsrahmen in der Wahrnehmung politischer Fernsehdiskussionen“ (Frame-Project)¹ wurde eine komplexe Methodologie entwickelt, um die Rezeptionsweisen unterschiedlicher Publikumsgruppen zu erforschen. Während bei den meisten Formen politischer Kommunikation – Interviews, Ansprachen, Wahlplakate – das Bestreben politischer Akteure, ein Deutungsangebot gegen konkurrierende Deutungsrahmen zu etablieren, eher unterschwellig erfolgt, macht das bei politischen Fernsehdiskussionen die Kernaktivität aus, welche über Gelingen oder Nichtgelingen entscheidet, und ist dabei offen beobachtbar. Insofern boten sich die Studio-Live-Diskussionen zwischen Spitzenpolitikern, wie sie in den Spätabend-Nachrichten des Österreichischen Fernsehens (Zeit im Bild 2 des ORF) abgehalten werden, für das Forschungsprojekt als ideales Studienobjekt an: Einesteils haben die diskutierenden Politiker die Gelegenheit, in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur medialen Berichterstattung über ein aktuelles Ereignis dazu Stellung zu nehmen, um ihm eine ihrer politischen Position angemessene Deutungsausrichtung zu geben, bzw. gegen konkurrierende Deutungen der politischen Problemlage anzutreten. Andererseits sind solche Streitgespräche aufgrund ihrer inhärenten Zugzwänge für viele Fernsehkonsumierende eine wertvolle Quelle, in der Erwartung, einen Blick hinter die Kulissen vorbereiteter Darstellungen zu erhaschen und die Glaubwürdigkeit und Authentizität von Politikern bewerten zu können. Für die sozialwissenschaftliche Analyse hingegen ist der Moment bedeutsam, wo diese Medienkonsumenten aufgrund des Fernsehberichtes und der widerstrebenden Deutungsangebote der diskutierenden Politiker – also der Vermischung von eher sachlichen mit perspektivisch geprägten Darstellungen – sich ein Bild der aktuellen Ereignisse, Probleme und Konstellationen machen. Darin kumulieren eine Reihe von Konstitutionsbedingungen für Prozesse politischer Wahrnehmungen generell, was es zu einer lohnenden sozialwissenschaftlichen Aufgabe macht, diesen Moment in empirisch nachvollziehbarer Weise zu rekonstruieren.

¹ Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) Projektnummer P-20814, durchgeführt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, siehe <http://www.univie.ac.at/frame-project>. Ich danke an dieser Stelle meinen Mitarbeiterinnen Judith Welz, Lisa Blasch und Philomena Pötscher.

Methodologie und analytisches Potential

Wahrnehmung und Sprache sind eng verknüpft, unsere Vorstellungen der Welt sind in sprachlichen Begriffen konzeptualisiert und kulturell verankert. Sprache ist das Hauptmedium in der Reproduktion dessen, was innerhalb gesellschaftlicher Gruppen jeweils als gültige und erfahrungsnaher Vor- und Darstellung politischer Realität angesehen wird, die sie als ‚soziales Wissen‘ behandeln. Mit soziolinguistischen Verfahren der Gesprächs- und Diskursanalyse wird dieses auch analytisch zugänglich, wenn man die selbstverständlichen Vorannahmen in normalisierten Sprechweisen rekonstruiert.

Ein Hauptaugenmerk der Datensammlung im ‚Frame Project‘ lag nun darauf, jene sprachlichen Repertoires zu erfassen, welche die Untersuchten innerhalb ihrer eigenen Bezugsgruppen im Sprechen über Politik verwenden, um sich ihrer politischen Anschauungen zu vergewissern. Das heißt: Wir verwendeten ‚Realgruppen‘ von Fernsehzusehenden, Freunde, Familienmitglieder, die einander gut kennen, welchen in ihren eigenen Wohnzimmern, auf ihrem eigenen TV-Gerät eine aktuelle Fernsehdiskussion vorgespielt wurde. Die Gespräche wurden nondirektiv geführt, also nicht im Interviewformat Frage-Antwort, sondern – nach einem allgemein gehaltenen Erzählanreiz („Was haben Sie gesehen, und was denken Sie sich dazu?“) als selbstlaufende Gespräche, wo die Teilnehmenden sich gegenseitig als Stichwortgeber dienten. Die zwischen einer und zweieinhalb Stunden dauernden Gespräche spiegeln dadurch die Relevanzen der Untersuchten selbst, was sie selbst als wichtig und bedeutsam ansahen, und wie sie es zu komplexen Bildern verknüpften: Ihre eigenen Rahmungen der politischen Vorgänge, der Diskussion und der diskutierenden Politiker und Politikerinnen, aber auch der von ihnen angeführte relevante Kontext größerer politischer Zusammenhänge von Politik und Medien. Wir spielten dieselbe Fernsehdiskussion jeweils vier bis fünf Rezeptionsgruppen mit unterschiedlichem sozialen und politischen Hintergrund vor, kurz nach originaler Ausstrahlung, wenn das Thema für sie noch neu war, und fertigten von diesen Gesprächen Audioaufzeichnungen an, die dann für die Analyse transkribiert wurden.

Sowohl die Fernsehdiskussionen als auch die Rezeptionsgespräche wurden zunächst mittels Verfahren der Gesprächs- und Diskursanalyse in ihrem je eigenen Recht analysiert (siehe GOTSBACKNER 2008; 2009), in aufwändigen Analysesitzungen im Forschungsteam. Für die vergleichende Untersuchung wurde computergestützte Datenauswertung mittels einer Software für qualitative Daten in Anspruch genommen, mit der sich jede einzelne Bezugnahme von Rezipierenden auf jedes einzelne Deutungsangebot aus den Fernsehdiskussionen aufrufen ließ. So konnten im Laufe der Untersuchung aufkeimende Hypothesen sofort am Originalmaterial verfolgt und überprüft werden, indem eine einfache Suchabfrage alle Transkriptstellen liefert, wo z.B. Fernsehzusehender aus dem konservativ-bürgerlichen Lager ein Deutungsangebot einer linksliberalen Politikerin bekräftigen, oder wo auch immer sich bestimmte Muster, Regelmäßigkeiten oder interessante Fälle von Rezeptionsweisen zeigten. Die Textstellen wurden dann in einem zirkulären Pendeln zwischen den einzelnen Transkripten, den TV-Diskussionen und ihren Rezeptionen, genauer analysiert, um der manifesten Logik hinter den lokalen Konstruktionen der jeweiligen Verständnisse nachzuspüren, in der Art und Weise, wie Deutungsrahmen übernommen, oder einzelne Deutungsangebote umgerahmt und neu zusammen gesetzt wurden.

In der genauen Rekonstruktion der Handlungs- und Thematisierungslinien der Gespräche zeigen sich auch die Ansatzpunkte, von denen aus größere Rahmungen aus den politischen Deutungsangeboten der Fernsehdiskussion aufgerollt werden, und welche Elemente größerer Argumentationsbögen und Diskurse jeweils mit dem eigenen sozio-politischen Wissen der Rezipierenden resonieren. Was dieser interpretativ-rekonstruktive Ansatz leisten kann, ist empirisch nachvollziehbare Aussagen über diese Resonanzen zu ermöglichen: Wie bestimmte Deutungsangebote eigene Wissensbestände der Rezipierenden mobilisieren, wie sie solche einbringen und anwenden, um Deutungselemente selektiv anzupassen und zu einem stimmigen Gesamtbild zusammen zu fügen, dabei aber auch erklärungsbedürftige Lücken oder Leerstellen aus dem ‚wiedererkannten‘ Deutungsrahmen heraus füllen. Ich möchte das an einem kleinen Beispiel illustrieren.

Resonanz und Neurahmung von Deutungsangeboten

Generell findet nur ein kleiner Teil der Deutungsangebote von Politikern oder Politikerinnen überhaupt Eingang in die Darstellungen der Rezipierenden, wobei sie oft auch noch eine starke Umdeutung und Verschiebung in der Schwerpunktsetzung erfahren, selbst bei deren politischen Anhängern.

Das Illustrationsbeispiel ist ein Streitgespräch zwischen Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) und dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) in den Abendnachrichten ‚Zeit im Bild 2‘ vom Dezember 2009. Thema ist eine geplante Erstaufnahmestelle für Asylwerber im südburgenländischen Eberau. Niessl kritisiert das Projekt, weil die betroffene Bevölkerung und die Landesregierung bei der Planung übergangen wurden, Fekter verteidigt das Vorhaben: „Ich glaube, dass es dem Südburgenland Arbeitsplätze bringt, hundertdreissig, dass es eine große Wertschöpfung bringt, denn das Südburgenland ist eine ausgesprochen strukturschwache, Region“ (ZiB2 21.12.2009, Z.113-16)². Mit dem Arbeitsplatzargument bedient sie eine angestammte Argumentationsebene der SPÖ und markiert dadurch, dass sie aus Niessls eigenem Werteverständnis heraus argumentiert. Nachdem sie in dieser Rahmung das Asylzentrum als ganz normalen „Betrieb, der keine Emissionen hat, keinen Lärm erzeugt, keinen Müll produziert“ (Z.117/8) darstellt, versucht sie Bedenken auszuräumen:

ZiB2 21.12.2009 Eberau, Z.120-37

- Fekt: Die Ängste der Bevölkerung nehm ich aber sehr sehr ernst, daher haben wir auch eine Polizei-Dienststelle hier geplant für 30 Polizistinnen und Polizisten die rund um die Uhr tätig sein werden=
 Thu: [Na frag ma (gleich).]
 Fekt: =[und Herr Landes]hauptmann gerade *Sie* haben ja immer, nach einem mehr Polizei gerufen! [Jetzt] bekommen Sie sie!
 Thu: [Also!]
 Nies: Ja, die Frau Innenministerin hat 270 Polizisten aus dem Burgenland *abgezogen* und statt der [270 Polizistn]=
 Fekt: [Nein, das ist falsch,] das wissen Sie auch ganz genau!
 Nies: =[bringt sie jetzt] die Asylanten ins Burgenland das ist

² Entsprechend den Konventionen der Gesprächsanalyse geben die Transkripte die genaue sprachliche Realisierung wieder, um Aussprache und Sprechduktus für die Analyse zu erhalten. Beistriche markieren gesprochene Äußerungseinheiten, Betonungen werden kursiv wiedergegeben, Mikropausen durch (.) und längere Pausen in Zehntelsekunden, eckige Klammern markieren gleichzeitig Gesprochenes. Alle Namen in Rezeptionsgruppen sind anonymisiert. Als Platzhalter für Auslassungen werde ich das Zeichen <...> verwenden.

ein sehr ein schlechta Tausch den sie hier macht, also insofern a-haben wir mit steeigender Kriminalität im Burgenland zum kämpfn, [weil] sie Polizisten abgezogn [hat und schickt/]
 Thu: [Aber] [aba Herr Landeshauptmann,
 Sie tun da jetzt] Asylwerber gleich-aa sozusagen ins kriminelle Eck stelln. Is da[s fair?]

Die mittels Polizeipräsenz zu beruhigenden „Ängste der Bevölkerung“ stellen auf einen gängigen Diskurs über Zuwanderung und normalisierte Formen der Fremdenfeindlichkeit ab, wo unter anderem auch geläufige Verknüpfungen zwischen ‚Ausländern‘ und Kriminalität aufgerufen werden. Wie unterschiedliche Publikumsgruppen dieses Deutungsmuster verstehen, werde ich noch anhand dreier Rezeptionsgruppen zeigen, einer Gruppe von ÖVP- und einer von SPÖ-Stammwählern, sowie einer gemischten.

In Fekters Argument ist die Verknüpfung noch implizit und erschließt sich erst über dessen Struktur, dass mit der für so einen kleinen Ort überdimensionierten Polizei-Dienststelle einem verbreiteten Ablehnungsgrund gegen Asylzentren begegnet werden soll. Die angerufenen ‚Ängste der Bevölkerung‘ sind eine seit längerem in der Zuwanderungspolitik gebräuchliche Sprachregelung, die darauf reagiert, dass in der Boulevardpresse ‚Ausländer‘, vor allem aber ‚Asylanten‘ in hohem Maß als kriminell dargestellt werden. Die Berichterstattung des ORF vermied das negativ konnotierte Fahnenwort ‚Asylant‘ deshalb systematisch, auch die Hauptrahmung des Beitrags in der Anmoderation versuchte die unterschwellige Logik zu durchbrechen, ‚die Bevölkerung‘ sei wegen ihrer ‚Ängste‘ fast notgedrungen gegen Asylzentren (Z.2-5): „So unterschiedlich kann Politik ablaufen: Im steirischen Vordernberg haben gerade knapp 70 Prozent der Einwohner in einer Befragung der Errichtung eines Schubhaftzentrums zugestimmt. (.) Im burgenländischen Eberau hingegen gehen die Wogen hoch“.

Landeshauptmann Niessl hingegen gebraucht dann das erste Mal in dieser Sendung das Reizwort „Asylantn“ und vollzieht auch gleich die Kopplung mit „steeigender Kriminalität“, welche den im xenophoben Diskurs gebräuchlichen direkten Zusammenhang unterstellt, Asylwerber seien überwiegend kriminell. Wie bei normalisierten Vorurteilsdiskursen üblich ist das Vollziehen der implizierten Logik aber weitgehend dem Publikum überlassen. Bei Niessl ist sie in die Begründungsvoraussetzungen der Darstellung eingelassen, dass mit mehr Asylwerbern die Kriminalität noch weiter steigen würde, das macht auch den „schlechten Tausch“ daran aus. Die Moderatorin Ingrid Thurnher interveniert auf diese mehr oder weniger offen xenophobe Anspielung hin, dass die Vorverurteilung einer Gruppe unfair wäre. Ihr Vorwurf ist gesichtswahrend in eine Frage verpackt.

Sehen wir uns nun an, wie diese Deutungsangebote von unterschiedlichen Rezeptionsgruppen verarbeitet werden. Für die bürgerlich-ÖVP-nahe ehemalige Lehrerin Valerie ist es gleich das erste Thema, das ihr aus der Diskussion aufgefallen ist. Die Rezeptionsgruppe ‚Teamwork‘ sind zwei befreundete und benachbarte Ehepaare aus einer steirischen Gemeinde, Valerie und ihr Mann Tristan ÖVP-nahe Wechselwähler, Hilde und Isidor von der Politik enttäuschte SPÖ-Wähler.

Teamwork, Z.63-68, 74-79

Val: Mir is nur aufgfoln bei dieser ah bei diesem *Gespräch* dass ahh sofort 30 Polizisten noch Eberau ah *kämen*, rund um die Uhr und gleich wievül Asylanten sind des überhaupt, eiso des is do nicht (.) ah (.) hervor, hob i ned ghört [oder] hob i des *überhört* wie viele sind des und und wenn äh
 Tri: [Jo]

<...>

Val: jetz do zum Beispiel, 200, oder, 300, i was no ned, Asylanten kommen, die als Erstauf- zu einer Erstaufnahmestelle, und ah, des ah bedeutet on und für sich *keine* ah Befürchtung der Zunahme der Kriminalität oder so bitte wofür braucht ma donn in einem Ort wie Eberau 30 Polizisten rund um die Uhr (.) wir hom zum Beispü bei uns ah wenn do eingebrochen wird und wir ruafn wo aun (.) klingelts in Nahstadt wei ma ned einen ah (.) Polizisten im Ort hom, und do braucht ma 30 rund um die Uhr und *gleichzeitig* wir kolportiert ah dass do *überhaupt* keine Gefoa besteht (.) für die für die Bevölkerung

Valerie stellt als Frage in die Runde, was ihr als Widerspruch aufgefallen ist, die massive geplante Polizeipräsenz, welche sie gleich mit ihren lokalen Begebenheiten vergleicht. Die Formulierung Fekters wiederholt sie drei Mal, um die Unverhältnismäßigkeit von „30 Polizisten rund um die Uhr“ herauszustreichen. Sie selbst teilt die Ansicht, die Errichtung auch eines mittelgroßen Erstaufnahmezentrums „bedeutet on und für sich *keine* Befürchtung der Zunahme der Kriminalität“, doch legt sie Fekters Argument den anderen zur Bewertung vor.

Hilde antwortet „de 30 Polizisten san a Zuckerl“ (Z.83), was Tristan bestätigt und näher ausführt „So is es. <...> des hot min Thema söbwa goa nix z’tuan, de 30 Polizisten san nur ein Zuss- (.) Zuspruch gwesen in dem sa si erwoatet“ (Z.84-6), nämlich, dass sich die Innenministerin offenbar erwarte, damit die Zustimmung der Burgenländer zu erkaufen. Das erhöhte Aufgebot an Polizei ist für alle vier sachlich (vom „Thema“ her) nicht gerechtfertigt. Auch Isidor bestätigt „dass diese *großen* (1.7) *Probleme* so groß *nicht* sein sollen sondern es würde goa nix passiern <...> ich bin über- ich bin *überzeugt* dass es do sicherlich nicht zu größeren Raubereien kummt“ (Z.163-70), die Gruppe einigt sich dann auf mehrere kleinere Asylzentren in jedem Bundesland als ihren Lösungsvorschlag zum diskutierten Problem.

Auch unsere andere Rezeptionsgruppe aus der Steiermark, bestehend aus dem Industriellen Anton, seiner Nachbarin und Kusine Vera, und deren Mann Xaver, alle drei ÖVP-Stammwähler, plädieren für diese Lösung. Anton ist auch der Ansicht, das gesamte Asylwesen solle aus dem Innenministerium ausgegliedert werden: „Die Integrationsproblematik äh die jo eine begleitende ah würd i sogn Betreuung au noch braucht des gehört weg von der Frau Fekter“ (Idee Z.1797-9). Xaver bestätigt:

Idee, Z.1806-20

Xav: de wearn oille eigsperrt amoi bevor’s üwahaupt do san=

Ant: Jo jo.

Xav: =und einepferchn und ge- hinta mir die Sintflut. So kaunn’s sicha net sein. Drum sog i jo, du muasst die Struktur schaffn und, do is net wenig dabei! Nur i versteeh auch die Leute, die Aungst weil jetzt ebn, so viele Überfälle usw. daunn teil[weise] san ahh =

Ant: [Jaja.]

Xav: =Postn reduziert worn bei der Polizei. Do is vor oim der Osten jetzt, ebn haumma eh gheart de 270 Posten *abgezogen* und jetzt auf amoi kumman Flüchtlinge und daunn a- is *do* wieda möglich dass [so vü/]

Ver: [Und schürn kaunma] [schnö und sogn daunn (?)]

Xav: [und schürn und, und die Bevölkerung] kau’s (glei) unsicha mochn

Auch Xaver kritisiert den ihrer Empfindung nach rücksichtslosen Umgang mit Asylwerbern („einepferchn“), ohne Ansehen der Wirkungen („...Sintflut“). Er unterscheidet dabei zwischen Sachproblemen, für die erst organisatorische Strukturen geschaffen werden müssten, und den ‚Ängsten der Bevölkerung‘, für die er genauso Verständnis hat. Interessant ist, dass er für deren Begründung aber vollständig die Argumentation Niessls einsetzt, und in der Kontroverse um die laut Niessl verminderte Polizeipräsenz im Burgenland ganz dessen

Faktendarstellung folgt, obwohl er selbst ÖVP-Wähler ist. Er interpretiert Fekters Vorschlag, dass nun doch wieder „so vü“ Polizisten vorgesehen seien, auch als kausal darin begründet dass „jetzt auf amoi Flüchtlinge kumman“. Vera fasst die bei Xaver noch mehrdeutige Inferenzkette (er sieht in der steigenden Kriminalität einen wahren Kern) zusammen, was in ihrem Fall eine Kritik an der Argumentationslinie Niessls ebenso wie an den Prämissen Fekters ist: Dass die Ängste der Bevölkerung auf diese Weise eher geschürt, also erst recht angeheizt würden, was auch Xaver dann bestätigt.

Beiden Gruppen ist das Fekters Positionierung zugrunde liegende Deutungsmuster nicht einsichtig, mit der Schaffung einer starken Polizeidienststelle den *Ängsten der Bevölkerung* zu begegnen. Beide melden von einem bürgerlich liberalen Standpunkt aus Kritik gegen den unterstellten Zusammenhang Asylanten/Kriminalität an.

Anders als die burgenländische Rezeptionsgruppe „Keltenbrunn“, wieder zwei befreundete Ehepaare, diesmal SPÖ-Stammwähler, auch sie machen sich Gedanken über die 30 Polizisten:

Keltenbrunn, Z.184-222

- Mar: sie macht a Schönfärberei (.) sie sie bemäntelt des jetzt mit einem (.) was? mit an Betrieb der der Arbeitsplätze bringt was jo komplett a Bl/ Und des mit de Polizistn stimmt jo aa net (1)
[weil weil es wird ja das] Burgenland nicht sicherer jetzt =
- Sab: [Sie impliziert eigentlich/] dass ein Asyllager [auf jedn Foi Polizistn braucht]
Mar: =[waunn du an Punkt host wo
[Polizistn konzentriern musst.]
- Mon: [Jo des voit i em grad.] Genau.
<...>
- Mon: Jo owa sie sogt ebn net ma braucht [a ah] ma kaunn des net gleichstelln oiso [ma kau net sogn:]=
Sab: [Des is/] [(?..) so schlimm sein]
- Mon: Flüchtlinge san kriminell [warum kriagt's daunn 30]
Sab: [Jo owa warum daunn (?) Polizistn?]
- Mon: Ebm warum kriagt's daunn 30 Polizistn?
Sab: Warum muass sie Polizistn einsetzen waunn die Leit [ach so oarm san und traumatisiert und und.]
Pet: [Das find i ebm sehr bedenklich] weil
[30 Polizistn konzentriern]
- Sab: [Des is scho bedenklich, oda?]
Mon: Is nämlich heftig
Pet: Entweder des san ssehr vüle Asylantn
Sab: Jo oda sehr schlimme Asylantn
Mon: Oda sehr schlimme Asylantn. ((lachend))

Markus nimmt der Innenministerin nicht ab, Arbeitsplätze schaffen zu wollen, er vermutet hinter dem Argument einen Hintergedanken, den sie dann gemeinsam ergründen, indem sie mehrere Deutungsangebote Fekters zusammen ziehen. Sabine hatte zuvor die Bedeutung der ‚strukturschwachen Gemeinden‘ schon gekippt (Z.167: „warum setz i de genau in a Einöde“), sie entwickeln daraus eine neue Deutung, wofür es diese starke Polizeipräsenz brauche. Hier kann man ihrer Neurahmung bei der ‚Arbeit‘ zusehen, wie sie sukzessive mehrere Linien gemeinsam verarbeiten, vereindeutigen und daraus eine eigene Storyline konstruieren, wo sie anhand der gekippten Deutungsangebote ‚aufdecken‘, was für ein „Asyllager“ eigentlich heimlich geplant gewesen wäre: Eines für „sehr schlimme Asylantn“, also kriminelle. Monika erklärt, dass Fekter das nicht aussprechen könne, dass Flüchtlinge tatsächlich kriminell seien, auch wenn es in ihrem Angebot von mehr Polizei impliziert sei. Obwohl sie sich den xenophoben Untertönen gegenüber also durchaus empfänglich zeigen, weisen auch sie das

Argument zurück, so den Ängsten der Bevölkerung zu begegnen, es macht sie im Gegenteil sogar misstrauisch.

Die Lust der Teilnehmenden an der Entlarvung der politischen Manöver der Innenministerin ist für die Rezeptionsweise der Gruppe typisch, und korrespondiert mit ihren sozialen Wissensbeständen über Politik insgesamt: Niemand mache mehr ernst zu nehmende Politik, „es is jo a permanenter Woikaumpf“ (Z.2614) wo es nur noch um Stimmenmaximierung gehe (Z.2625/6). Sie wenden die Deutungsangebote Fekters in diesem Sinn systematisch gegen sie.

Schlussfolgerungen

Wie wurde die Argumentationsfigur der Innenministerin Fekter, die *Ängste der Bevölkerung* mittels massiver Polizeipräsenz zu befrieden, also wahrgenommen? Obwohl sie eine Reihe von dominanten Diskursen anzieht, Arbeitsplatzsicherung, Sicherheitsdiskurs, Asylantendiskurs, um den Deutungsrahmen zur Begründung ihres Vorhabens darauf zu stützen, findet sie damit bei keiner der Gruppen Resonanz. Die Rezeptionsweisen, nach denen ernst genommene Politik und deren Vermittlung von unterschiedlichen Publikumsgruppen jeweils bestimmt werden, laufen nach jeweils eigenen inneren Logiken, die weitaus komplexer und mit einer rein auf symbolische Wirkung bedachten Politik nicht einholbar sind. Was von der Versicherung, die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen, bei xenophob behafteten Rezipierenden übrig bleibt, ist eher ein langfristiges Diskurswissen: Sie fühlen sich in ihren Annahmen bestätigt, dass Asylwerber und Ausländer tatsächlich kriminell seien, stellen das auch ausgiebig dar (Keltenbrunn Z.992ff. „60% Wirtschaftsflüchtlinge“, „Flut Krimineller“, Z.1011-3 „Schmarotzer kriegen alles bei uns“, Z.1028 „organisierter Sozialmissbrauch“) und entwickeln eine zynische Grundhaltung zur Politik, wo sie davon ausgehen, dass Politiker das insgeheim wüssten, aber nicht zugeben könnten. Umgekehrt löst die Bemühung um ‚die Ängste der Bevölkerung‘ bei anderen Wählern der Regierungsparteien Kritik und Aversion aus, diese Ängste würden so eher geschürt und blockierten eine angemessene organisatorische Lösung der Asylproblematik. Das Beispiel illustriert somit eindringlich die Gefahren und unkontrollierten Nebenwirkungen von symbolischer Politik.

Die Eigendynamiken der Inszenierung von Politik, der in Demokratien letztlich notwendige Kampf um Deutungsmacht in der Politikvermittlung nähren ein Bild politischer Vorgänge, das gleichzeitig mit allgemein verbreiteten normativen Vorstellungen der Organisation des Gemeinwohls kollidiert. Das ist ein grundlegendes Dilemma von Politik in spätmodernen Mediendemokratien.

Um allgemeiner gültige Einsichten in die widerstrebenden politischen Wahrnehmungen unterschiedlicher Publikumsschichten zu gewinnen, und so diesem Dilemma beizukommen, sind interpretativ-rekonstruktive Forschungsmethoden notwendig. Die hier vorgestellte Methodologie ist in dieser Hinsicht ausbaubar, wenn man im theoretischen Sampling, der Auswahl der Rezeptionsgruppen versucht, gezielt einzelne Milieus zu erfassen, bis zu einem Punkt ‚theoretischer Sättigung‘, wo sich für diese allgemein gültige Muster zeigen. Zum Beispiel bei jenen Schichten Politikverdrossener, die sich weitgehend von der medialen Berichterstattung abgekoppelt haben, oder bei einer Reihe anderer Schichten, deren Rezeptions- und Partizipationsweisen noch zu wenig erforscht sind. Das ist eine Forderung demokratischer Gesellschaftsordnung, in deren Dienste eine interpretative Politikwissenschaft tätig werden kann.

Literatur

- Gotsbachner, Emo (2008) Durchsetzung von Deutungsrahmen in politischen Fernsehdiskussionen. In: *Gesprächsforschung, Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion* 9. 269-299.
- (2009) Asserting Interpretive Frames of Political Events: Panel Discussions on Television News. In: Housley, William / Fitzgerald, Richard (Hg.), *Media, Policy and Interaction*. Aldershot: Ashgate, 49-71.
 - (2012) Talking about Jörg Haider. Enactment of ‘Volksnähe’. In: Ibrahim, Vivian / Wunsch, Margit (Hg.), *Political Leadership, Nations and Charisma*. London: Routledge, 143-156.
- Lakoff, George (2004) *Don't think of an Elephant. Know your Values and Frame the Debate*. White River Junction: Chelsea Green Publ.
- Livingstone, Sonia (1990) *Making Sense of Television. The Psychology of Audience Interpretation*. London: Routledge.
- Morley, David / Brunson, Charlotte (1999) *The Nationwide Television Studies*. London: Routledge.
- Schön, Donald A. / Rein, Martin (1994) *Frame Reflection. Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies*. New York: Basic Books.